

ZUSAMMENFASSUNGEN

Julia Oberhofer / Julia Stehlin / Roland Sturm

Citizenship im unitarischen Bundesstaat

In unitarischen Föderalisten stellt sich die Frage, ob der Abschied von Vielfalt – trotz föderaler Strukturen – mit dem Beibehalten einer nationalstaatlichen Orientierung von *citizenship* einhergeht. Die Auswertung von uns neu erhobener Daten (CANS-Datensatz) im Hinblick auf drei konstituierende Dimensionen von *citizenship* (politisch, sozial und bezogen auf Identität) zeigt für die beiden unitarischen Bundesstaaten Deutschland und Österreich, dass die Alternative nationale versus regionale Orientierung von *citizenship* zu kurz greift. Mehr-Ebenen-Bindungen erweisen sich als die bevorzugte Art des Umgangs der Bürgerinnen und Bürger mit den reduzierten Möglichkeiten regionalen Agierens im unitarischen Föderalismus.

Bettina Petersohn

Konfliktakkommodierung bis zur Selbstaufgabe? Stabilität und Dynamik der Verfassungsentwicklung in Belgien

Im Vergleich mit anderen Ländern gilt Belgien als ‚Labor‘ für nicht-territoriale und territoriale Formen der Konfliktakkommodierung. Angesichts wiederholter Regierungskrisen und der aktuellen Debatte über eine mögliche Teilung erscheint die im Zuge wiederholter Verfassungsreformen erreichte Föderalisierung eher zur Erosion des Gesamtstaates beigetragen zu haben. Mit Hilfe einer historischen Rekonstruktion der Verfassungsentwicklung verdeutlicht der Beitrag in einem ersten Schritt, dass die zentrifugalen Dynamiken bereits vor der Föderalisierung im Zusammenwirken verschiedener Formen inkrementellen Wandels angelegt waren und bereits etablierte bipolare Muster in den späteren Verfassungsreformen lediglich repliziert wurden. In einem zweiten Schritt wird gezeigt, dass sich die bisher häufig vernachlässigten Wechselwirkungen zwischen inkrementellem Wandel und expliziten Verfassungsreformen mit Weiterentwicklungen historisch-institutionalistischer Ansätze analytisch erfassen lassen.

Sascha Kneip

Gegenspieler, Vetospieler oder was? Demokratiefunktionales Agieren des Bundesverfassungsgerichts 1951-2005

Verfassungsgerichte gelten als mächtige Gegenspieler der Politik und als zentrale Akteure der Justizialisierung. Der vorliegende Beitrag diskutiert beide Annahmen theoretisch und empirisch. In theoretischer Hinsicht plädiert er dafür, die Gegenspielerthese um eine demokratietheoretische Sichtweise zu erweitern. Empirisch zeigt er, dass das Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit weder ein ausgeprägter Gegenspieler der Politik gewesen ist noch die Justizialisierung der Politik aktiv vorangetrieben hat, sondern seine demokratiefunktionale Rolle im bundesdeutschen Regierungssystem adäquat erfüllt hat.

Sebastian Schneider / Markus Tepe

Dr. Right and Dr. Wrong: Zum Einfluss des Dokortitels auf den Wahlerfolg von Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2009

Seit Längerem wird vermutet, dass Wähler den Dokortitel eines Direktkandidaten als Entscheidungsheuristik nutzen. Neben dem direkten Effekt werden vier Kontexte vorgestellt, die Art und Stärke des Zusammenhangs zwischen Dokortitel und Wahlerfolg beeinflussen können. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse auf Basis der an der Bundestagswahl 2009 beteiligten Direktkandidaten bestätigen, dass der Dokortitel den Erststimmenanteil im Durchschnitt um signifikante 0,51 Prozentpunkte erhöht. Der Zusammenhang nimmt jedoch ab, je aussichtsloser die Bewerbung ist und nimmt zu, je weniger Kandidaten innerhalb des Wahlkreises ebenfalls einen Dokortitel tragen. Die Schätzung des Wahlergebnisses für einen Direktmandatsgewinner, der mit einem ‚falschen‘ Dokortitel antrat, zeigt, dass der Titel mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht wahlentscheidend war. Der Fall kann aber zum Anlass genommen werden, zu diskutieren, wie die Wahlprüfung zukünftig in solchen Situationen verfahren sollte.

Ingo Take / Dirk Jörke

Vom demokratischen zum legitimen Regieren?

Der Beitrag knüpft an die Debatte über die Möglichkeit der Übertragung demokratischer Normen und Institutionen auf die globale Ebene an. Einer kritischen Auseinandersetzung mit den bisherigen Bemühungen zur Überbrückung der Kluft zwischen demokratischen Idealen und der politischen Realität postnationalen Regierens folgt das Plädoyer, Formen von Global Governance in dem Maß als legitim zu bezeichnen, in dem sie Kriterien genügen, die sich graduell anhand der Dimensionen Input-, Throughput- und Output-Legitimität messen lassen. Auf diese Weise kann man zu einer differenzierteren und analytisch gehaltvolleren Bewertung von Formen globalen Regierens gelangen.